

## Lügen, Hetze, Pinocchio-Geschichten

### Die Aussagen der AfD unter der Lupe

#### Zu Kriminalität:

**Die AfD behauptet:** „Wir haben im Zuge der Flüchtlingswelle definitiv ein Kriminalitätsproblem“ (Frauke Petry im Interview mit der AZ Mainz am 31.1.16)

**Wahr ist:** Eine erste systematische Untersuchung der Kriminalitätsrate speziell unter Flüchtlingen wurde 2015 durch die „Soko Asyl“ von der Kripo Braunschweig vorgelegt. Ulf Küch, Chef der Braunschweiger Kripo, fasst die Ergebnisse so zusammen: „Bei den Flüchtlingen, die nach Deutschland eingereist sind, ist der Anteil von Kriminellen prozentual nicht höher als der Anteil von Kriminellen in der deutschen Bevölkerung.“ Insbesondere Menschen aus dem Irak, Syrien und Iran würden unterdurchschnittlich selten auffällig.

Problematisch sei hingegen, dass von den wenigen Flüchtlingen, die als Straftäter auffielen, die meisten gleich eine Vielzahl von Delikten begingen. Gegen solche Mehrfachtäter wollen wir zukünftig noch konsequenter vorgehen. Dafür wollen wir auch alle Möglichkeiten des internationalen Rechts ausloten, um straffällige Asylbewerber zurück in ihre Heimat zu schicken. Es darf nicht sein, dass durch das Fehlverhalten einiger Weniger die große Mehrheit der Flüchtlinge, die hier friedlich lebt und sich in unsere Gesellschaft integrieren will, in Verruf gerät.

#### Zur Grenzsicherung:

**Die AfD behauptet:** „Er [der Grenzpolizist] muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.“ (Frauke Petry im Interview mit dem Mannheimer Morgen, 30.1.2016).

„Ich habe bejaht, dass "Frauen mit Kindern“ mit Waffengewalt am Übertritt der grünen Grenze gehindert werden sollen. Ich beziehe mich dabei auf die geltende Gesetzeslage. Gegen Kinder ist der Schusswaffeneinsatz richtigerweise nicht zulässig. Frauen sind

anders als Kinder verständig, so dass der Einsatz hier unter den gesetzlich engen Grenzen der §§ 11, 12 und 13 UZwG zulässig sein kann. (Beatrix von Storch am 1.2.2016 auf facebook)

**Wahr ist:** Die AfD-Funktionäre Petry und von Storch verstehen entweder deutsches Recht nicht oder wollen die Bürgerinnen und Bürger bewusst irreführen. Der Paragraph im „Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes“ (UZwG), der den Schusswaffengebrauch an den deutschen Grenzen regelt, berechtigt selbstverständlich nicht dazu, ohne weiteres auf Flüchtlinge zu schießen, weder auf Kinder noch auf Frauen oder Männer. Denn jeder Schusswaffengebrauch unterliegt dem Verhältnismäßigkeitsprinzip und muss dem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit aus Art. 2 Abs. 2 des Grundgesetzes gerecht werden. Deswegen hat der Bundesgerichtshof bereits vor Jahrzehnten festgestellt, dass der Schusswaffengebrauch an der Grenze nur in Betracht kommt, wenn eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, insb. von Leib und Leben von Menschen, besteht. Die Gewerkschaft der Polizei hat daher die These von Frau Petry zu Recht als „menschenverachtend und demokratiefeindlich“ zurückgewiesen. Polizistinnen und Polizisten zwingen zu wollen, auf unbewaffnete Frauen, Männer und Kinder zu schießen, offenbart die zynische Menschenverachtung der AfD.

**Die AfD behauptet:** Wir erleben, dass die Bundespolizei an ihrem ureigenen Auftrag gehindert wird, die Grenze zu kontrollieren (Frauke Petry im Interview mit der FR, 5.12.2015)

**Wahr ist:** Die Bundespolizei kontrolliert seit September 2015 wieder die Grenzübergänge zu Österreich. Diese Grenzkontrollen werden weiter bis mindestens Mitte Mai 2016 durchgeführt. Auch nach Abschaffung der Grenzkontrollen im Jahr 1995 sind solche Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums grundsätzlich möglich, wenn sie nötig sind.

Die AfD will aber ganz offenbar wieder komplett zum Rechtszustand von vor 1995 und zu einem Europa der Schlagbäume zurück. Wer sich an die langen Staus vor den Grenzkontrollpunkten erinnert, der kann erahnen, was ein solches Europa für die deutsche Wirtschaft („Export-Weltmeister“) bedeutet.

Deutschland hat ein Handelsvolumen von 2,6 Billionen Euro! „Wenn sich die Kosten durch Staus und Wartezeiten, zusätzliche Bürokratie oder die Umstellung von Just-In-Time-Lieferung auf deutlich teurere Lagerhaltung nur um 0,4 Prozent erhöhten, dann sind wir schon bei zehn Milliarden Euro,“ erklärt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Martin Wansleben.

Die AfD schadet deutschen Interessen, setzt mutwillig tausende Arbeitsplätze aufs Spiel und gefährdet die Freizügigkeit im Reiseverkehr innerhalb des Schengen-Raums.

### Zur Terrorgefahr:

**Die AfD behauptet:** „Natürlich ist nicht jeder Muslim ein Terrorist. Aber man muss doch mal die Frage stellen, warum alle Terroristen der letzten Jahre Muslime waren.“  
(Gauland auf LPT AfD Brandenburg, 21.11.15 in Raddusch)

**Wahr ist:** Wer behauptet, dass Terrorismus nur von Muslimen ausgeht, verharmlost die Gefahren des rechten Terrors auf unerträgliche Art und Weise. Jedes Jahr kommt es in Deutschland zu rechtsextremen Übergriffen mit Todesfolge. Das Bundeskriminalamt hat im letzten Jahr allein 1.005 Straftaten gegen Einrichtungen für Flüchtlinge registriert. (2014 insgesamt 199). Darunter waren 173 Brandanschläge (2014: 28). Zu Recht werten Gerichte einen Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkünfte, in denen Frauen, Männer und Kinder schlafen, als Mordversuch. Insgesamt ist die Zahl der rechts motivierten Delikte (2015: 13.846) stark angestiegen.

Und völlig negiert wird zudem, dass die Menschen, die am allermeisten unter dem brutalen Terror etwa des IS leiden, auch selbst Muslime sind – in Syrien, im Nordirak. Trotzdem sollten wir die Gefahr durch den islamistischen Terror nicht kleinreden. Im Jahr 2011 wurden am Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten von einem Islamisten getötet. Es ist auch der hervorragenden Arbeit unserer Sicherheitsbehörden zu verdanken, dass es in Deutschland bislang noch nicht zu weiteren Opfern gekommen ist.

In anderen Ländern ist islamistisch motivierter Terror hingegen an der Tagesordnung. Die Täter zweckentfremden dafür die Lehren des Islams und des Korans, um ihre Taten zu legitimieren. Wie wenig diese terroristischen Akte mit der islamischen Religion tatsächlich zu tun haben, zeigt allein der Fakt, dass die mit Abstand meisten Opfer dieser Terroristen Muslime sind.

### Zur Obergrenze und zum Asylrecht:

**Die AfD behauptet:** „Asyl-Obergrenzen sind rechtmäßig und notwendig“ (Resolution „Asyl“ der AfD, PT-Beschluss vom 28.11.2015)

**Wahr ist:** Sowohl das Grundrecht auf Asyl (Art. 16 a GG) wie auch die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) von 1951 kennen keine juristische Obergrenze. Vielmehr gilt hier der Grundsatz des Zurückweisungsverbots (non-refoulement) als Reaktion der Staatengemeinschaft auf die Abweisung von vor allem jüdischen Flüchtlingen während der Nazi-Diktatur in Deutschland.

Unbeantwortet bleibt zudem die Frage, was passiert, wenn die Obergrenze erreicht würde. Die Begrenzung der Flüchtlingszahlen lässt sich nicht durch fixe Obergrenzen erreichen, sondern durch humane Bedingungen in den Flüchtlingslagern in den syrischen Anrainerstaaten, eine effektive Sicherung der EU-Außengrenzen und die Einführung von Kontingenten.

**Die AfD fordert:** Das Recht, in Deutschland Asyl zu beantragen, ist aufzuheben. Asylanträge müssen vor Ort in unseren Botschaften in den Herkunftsländern in nationaler Zuständigkeit oder in einzurichtenden zentralen Auffangzentren unter EU- oder UNHCR- Verwaltung gestellt werden. Sofern dies wegen Krieg, Bürgerkrieg oder anderweitig unmöglich ist, sind die entsprechenden Stellen im nächsterreichbaren Nachbarland aufzusuchen. Asylgesuche an unseren Grenzen werden abgewiesen und eine Einreise abgelehnt. (Thesenpapier Asyl, September 2015)

**Wahr ist:** Die SPD will eine sichere und geordnete Flucht über Kontingente. Bei diesem Weg der Einreise behalten wir die Kontrolle, wer in Deutschland einreist. Und wir ermöglichen den Flüchtlingen, sicher zu uns zu kommen, anstatt eine lebensgefährliche Flucht über das Mittelmeer anzutreten.

Die Forderung der AfD, dass zukünftig kein Asyl mehr in Deutschland beantragt werden darf, ist aber schlicht völker- und europarechtswidrig. Sie lässt sich weder mit der Genfer Flüchtlingskonvention noch mit der europäischen Menschenrechtskonvention und dem Europarecht vereinbaren. Vor allem die Genfer Flüchtlingskonvention ist die Reaktion auf das Versagen der Staatengemeinschaft während der Nazi-Diktatur. Viele Länder hatten Flüchtlinge aus Europa erbarmungslos an den Grenzen abgewiesen. Für viele bedeutete das den sicheren Tod. 1951, als die Staaten in Genf die Konvention unterzeichneten, war das Ziel klar: Das sollte so nie wieder geschehen können. Seitdem darf ein Asylsuchender nicht zurückgewiesen werden, ohne dass sein Flüchtlingsstatus vorher geprüft worden ist. Das Recht, im Bundesgebiet die Vorgaben aus der Genfer Flüchtlingskonvention in Anspruch zu nehmen, kann nicht einseitig durch den nationalen Gesetzgeber aufgehoben werden.

### **Zu finanziellen Belastungen durch Flüchtlinge:**

**Die AfD behauptet:** „Landkreise und Kommunen sind finanziell überfordert. Es ist inakzeptabel, wenn kommunale Leistungen im Bildungs-, Sport- und Kulturbereich gestrichen werden, um konsolidierte Haushalte vorlegen zu können. Selbst die Grundversorgung und damit die Pflichtaufgaben der Kommunen können nur noch teilweise sicher-

gestellt werden, weil die finanziellen Mittel auf Grund der massenhaften Aufnahme von Asylbewerbern fehlen.“ (Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl in ST)

**Wahr ist:** Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, weist diese Behauptung im Gespräch mit der Rheinischen Post entschieden zurück: „Nach wie vor erfüllen die Städte und Gemeinden in allen Bundesländern ihre gesetzlichen Pflichten“. Zwar sei die Finanzlage der Kommunen in vielen Regionen angespannt, das sei aber nicht erst seit der Flüchtlingszuwanderung so. Der Bund greift den Ländern und Kommunen kräftig unter die Arme, indem er für die Unterbringung und Versorgung pro Flüchtling und Monat 670 Euro zur Verfügung stellt. Zudem wird massiv in den sozialen Wohnungsbau, Kita- und Schulausbau investiert. Davon profitieren nicht nur Flüchtlinge, sondern alle, die in Deutschland leben.

### Zum Thema Demografie:

**Die AfD behauptet:** Durch die niedrige Geburtenrate und die Masseneinwanderung „stellt sich zum ersten Mal nach 1000 Jahren die Frage nach Finis Germaniae“ (Höcke bei Auftritt „Junge Alternative“, Spiegel 7.10.15)

**Wahr ist:** Unser über Generationen hart erarbeiteter Wohlstand ist durch die demografische Entwicklung gefährdet. In unserem Land stehen immer mehr Alte immer weniger Jungen gegenüber. Im Jahr 2060 werden in Deutschland schätzungsweise 12 Millionen Menschen weniger leben als heutzutage. Jeder Dritte wird dann älter als 65 Jahre sein. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten und unsere Renten sichern wollen, dann brauchen wir die Zuwanderung von jungen, dynamischen und leistungswilligen Menschen. Wenn wir uns aber in unserem Land einigeln, wie Herr Höcke es fordert, dann könnte uns tatsächlich ein „Finis Germaniae“ (Ende Deutschlands) drohen.

Deutschland ist im Übrigen nicht erst seit 2015 Einwanderungsland. Bereits im 16. und 17. Jahrhundert ließen sich zigtausende Hugenotten in den protestantischen Fürstentümern Deutschlands nieder. Im späten 19. Jahrhundert machte die Arbeitskraft von Hunderttausenden sogenannten „Ruhrpolen“ das Ruhrgebiet zu einem der Zentren der Industriellen Revolution. Und das Wirtschaftswunder der 50er und 60er Jahre wäre ohne die vielen Gastarbeiter aus Südeuropa und der Türkei niemals möglich gewesen. Diese Zuwanderer, deren Nachfahren längst ein ganz selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind, haben einen erheblichen Beitrag dazu geleistet, dass Deutschland heute zu den wohlhabendsten und produktivsten Ländern der Welt gehört.

### Zur eigenen Legitimität:

**Die AfD behauptet:** „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht, denn wir sind das Volk.“ (Markus Frohnmaier, Vorsitzender der Jungen Alternative, Erfurt, Spiegel 26.11.)

**Wahr ist:** In Umfragen rangiert die AfD im unteren zweistelligen Bereich. Sie ist also zum Glück noch weit davon entfernt, für eine Mehrheit der Deutschen zu sprechen. Neben einer gehörigen Portion Größenwahn offenbart der Anspruch, „für das Volk“ zu sprechen, aber auch das gefährliche und totalitäre Politikverständnis der AfD. Gesellschaften sind schließlich pluralistische Gebilde, einen einheitlichen Willen aller kann es hier schlicht nicht geben. Deshalb ist unsere Demokratie auf Vermittlung und auf Kompromissfindung ausgerichtet. Dieser Prozess des Ausgleichs zwischen verschiedenen Interessen mag manchmal mühsam und langwierig erscheinen. Aber er ist der einzige Weg, um die freie Meinungsäußerung und Entfaltung für alle Bürger zu garantieren. Ein Land, in dem eine Mehrheit im Namen eines angeblichen Volkswillens Andersdenkende unterdrückt und mundtot macht, ist nichts anderes als eine Diktatur.

### Zur Inklusionspolitik:

**Die AfD behauptet:** „Die ideologisch motivierte Inklusion „um jeden Preis“ verursacht erhebliche Kosten und ist dennoch nicht immer von Vorteil. Wissenschaftliche Studien zeigen einheitlich keine generell positiven Wirkungen der Inklusion.“ (Wahlprogramm AfD Rheinland-Pfalz).

**Wahr ist:** Das Gegenteil ist der Fall. Laut Institut für Sonderpädagogik Hannover zeigen Studien, dass bei individualistischem Unterricht und einer „guten Mischung“ von leistungsstarken und leistungsschwachen Kindern alle von der Inklusion profitierten. Deutschland hat sich in der UN-Behindertenrechte-Konvention verpflichtet, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu integrativem Unterricht haben. Die AfD versucht, Behinderte und Nicht-Behinderte gegeneinander auszuspielen. Sie offenbart hier deutlich ihre chauvinistische Menschenfeindlichkeit.

### Zur Klimapolitik:

**Die AfD behauptet:** „[W]er nicht in der Lage ist, das Wetter für die nächsten drei Tage trefflich vorauszusagen, ich weiß nicht, ob der in der Lage ist, das Klima für die nächsten 20, 30 Jahre vorherzusagen. Da wird entweder aus Dummheit, oder aus Kalkül (...)

eine Deindustrialisierung Deutschlands betrieben“ (Frauke Petry in Koblenz, Youtube Kanal AfD RLP)

**Wahr ist:** Wetter und Klima sind zwei unterschiedliche paar Schuhe. Wetter ist in der Tat ein kurzfristiger Zustand, der sich nur ansatzweise voraussagen lässt. Klima ist hingegen der Wetterverlauf an einem bestimmten Ort, gemessen über einen Zeitraum von mindestens 30 Jahren, der bessere Prognosen zulässt. Auf der UN-Klimakonferenz in Paris haben sich im vergangenen Jahr 196 Regierungen darauf verständigt, den Klimawandel zu bekämpfen, um eine Erwärmung um mehr als zwei Grad zu verhindern. Die Regierungen stützten sich dabei auf das Wissen von mehreren hundert Wissenschaftlern weltweit. Eine Erderwärmung um mehr als zwei Grad hätte nach ihrer Auffassung verheerende Folgen. Wer diese Tatsachen aus Bequemlichkeit oder Engstirnigkeit ignoriert, spielt mit der Zukunft unserer Kinder.

Auch von einer Deindustrialisierung kann im Zuge der deutschen Energiewende nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil: Grüne Technologien werden auch auf dem globalen Markt immer stärker nachgefragt. Das weltweite Marktvolumen für grüne Technologien betrug 2013 rund 2,5 Billionen Euro. Bis 2025 wird dieser Markt auf fast 5,4 Billionen Euro wachsen. Da rentiert es sich, dass Deutschland auf diesem Gebiet Exportweltmeister ist. Wir profitieren von Grünen Technologien als Wachstumsmotor und Arbeitsplatzgarant. Bis 2018 wird die Mitarbeiterzahl in der Grünen Wirtschaft voraussichtlich um 6,7 % jährlich zunehmen.

Und auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ist nicht gefährdet: Für industrielle Unternehmen mittlerer Größe beträgt der Strompreis hierzulande 8,09 Cent pro kWh; der durchschnittliche Strompreis in der EU liegt bei 8,94 Cent.